



## Protokollauszug

## zum AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND UMWELT

am Donnerstag, 26.09.2013, 17:03 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

### ÖFFENTLICH

TOP 1

Soziale Stadt Grünbühl-Sonnenberg  
Förderung der Wohnungsbau Ludwigsburg  
GmbH für die Durchführung von  
Ordnungsmaßnahmen

Vorl.Nr. 322/13

---

### Beschluss:

1. Der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH (WBL), Mathildenstr. 21, 71638 Ludwigsburg, wird für den Abbruch des Gebäudes im Bereich Sonnenberg-Südwest, namentlich
  - Gebäudeblock Am Sonnenberg 16, 16/1, 16/2 (Flst. 4782/73),ein Zuschuss aus Städtebaufördermitteln in Höhe von bis zu 295.287,00 Euro gewährt. Der städtische Anteil dieser Förderung beträgt 40 % (118.114,80 Euro).
2. Das Referat Nachhaltige Stadtentwicklung wird ermächtigt, mit der WBL einen entsprechenden Ordnungsmaßnahmenvertrag abzuschließen.

### Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Striegel  
Stadtrat Siegmund

### Beratungsverlauf:

Herr **Scheuermann** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) erläutert im Rahmen der Vorl.Nr. 322/13 die beantragte Förderung von Abbruchmaßnahmen der Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH im Zuge der städtebaulichen Entwicklung und Neuordnung des Stadtteils Grünbühl-Sonnenberg.

Stadträtin **Burkhardt** gibt eine Stellungnahme zu ihrem Abstimmungsverhalten ab. Sie gebe zu bedenken, dass die betreffenden Gebäude erst vor 10 Jahren mit öffentlichen Zuschüssen saniert worden seien. Den Abriss nach so kurzer Zeit bezeichne sie als „Verschwendung von Steuergeldern“, weshalb sie der Vorlage nicht zustimmen könne.

OBM **Spec** stellt klar, dass ein Abriss sämtlicher Gebäude in Grünbühl nicht geplant sei. Vielmehr handle es sich um einen schrittweisen Prozess, welcher insbesondere dort begonnen werden solle, wo keine Sanierungsinvestitionen getätigt worden seien. Der vorhandene Gebäudebestand wurde

seinerzeit nur zu einem Teil saniert. Der verbleibende Teil habe eklatante Schwächen in der Gebäudesubstanz.

Abschließend stellt OBM Spec die Vorl.Nr. 322/13 im Gremium zur Abstimmung

TOP 2

Berichtswesen der Stadt Ludwigsburg  
- Investitions-Kapazitäts-Steuerung (INKAS) im  
Baubereich

Vorl.Nr. 324/13

---

### **Beratungsverlauf:**

Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) erläutert die in der Vorl.Nr. 324/13 aufgeführten Hochbauprojekte und geht dabei insbesondere auf die im Status abweichenden Vorhaben ein.

Herr **Weber** (FB Tiefbau und Grünflächen) geht auf die im Projektübersichtsblatt zur Vorl.Nr. 324/13 dargestellten Tiefbaumaßnahmen ein. Auf Nachfrage aus dem Gremium ergänzt er seine Ausführungen zu den erwarteten Mehrkosten aufgrund erhöhter Entsorgungskosten für Untergrundmaterial sowie zur Beschaffenheit des Untergrunds in der Walter-Flex-Straße.

Stadträtin **Burkhardt** ist der Ansicht, dass aufgrund der sichtbaren Senkungen eine Einsichtnahme in die Baugrunderkarte der Stadt Ludwigsburg die entscheidenden Hinweise hervorgebracht hätte.

Herr **Weber** antwortet, dass dies bei Bauvorhaben regelmäßig erfolge, derartige Strukturveränderungen dort jedoch nicht erkennbar seien. Zudem habe man bei einer Maßnahme in unmittelbarer Nähe keinerlei Hinweise auf eine mangelnde Tragfähigkeit des Untergrunds gefunden.

Stadtrat **Gericke** spricht von einer ärgerlichen Entwicklung, die letztendlich zu den Mehrkosten geführt habe und erkundigt sich nach der Durchführung von Lastplattenversuchen im Vorfeld der Baumaßnahme. Zudem solle die Prüfung des Bauergebnisses sehr sorgfältig vorgenommen werden, da bei der Ausführung des Grünstreifens seiner Ansicht nach mangelhaft gearbeitet wurde.

Herr **Weber** sichert zu, dies aufzunehmen.

OBM **Spec** macht deutlich, dass eine intensive Überprüfung des Untergrunds vor jeder Straßenbaumaßnahme keinen Sinn mache, da dies nur zu zusätzlichen Mehrkosten führe. Darüber hinaus sei es auch nicht zweckmäßig, bei der Kalkulation sämtlicher Sanierungsmaßnahmen den Ausnahmefall zu unterstellen. Dies führe nur zu vermeidbaren „Luftbuchungen“ im Haushalt und erschwere die Priorisierung der Vorhaben.

Stadtrat **Lutz** stimmt den Ausführungen von OBM Spec zu. Er sehe bei derartigen Entwicklungen ebenfalls keine Einflussmöglichkeiten. Ihm sei zudem aufgefallen, dass bei den Bauarbeiten die Gehwege beschädigt wurden, weshalb er sich nach den geplanten Regressmaßnahmen gegen die ausführende Firma erkundigt.

Herr **Weber** entgegnet, dass die Ermittlung des Verursachers gerade erfolge und bauliche Nachbesserungen vorgesehen seien. Darüber hinaus tätigt er tätigt er detailliertere Ausführungen zum 1. Bauabschnitt der Cäsar-von-Hofacker-Anlage und den durch eine private Baumaßnahme an den Torhäusern verzögerten Belagsarbeiten.

Auf Nachfrage aus dem Gremium sagt Herr **Weber** zu, die Mitglieder über den Abschlusstermin der Belagsarbeiten in der Straße „Am Wasserfall“ zu unterrichten.

TOP 3

Pestalozzischule  
Sanierung Alleenstraße 17-21  
- Erhöhung der Auftragssumme für die  
Schadstoffuntersuchung  
- Vergabebeschluss 2. Ausschreibungspaket

Vorl.Nr. 313/13

---

### Beschluss:

1. Der Erhöhung der Vergabesumme im Gewerk Abbrucharbeiten mit Schadstoffsanierung der Fa. AKSU Group, Am Grünen Weg 4, 65451 Kelsterbach von 193.000 EUR auf 243.000 EUR inkl. 19% MwSt. wird zugestimmt:
2. Folgenden Vergaben von Baugewerken aus dem 2. Ausschreibungspaket wird zugestimmt (in den Vergabesummen sind ca. 5 % für Unvorhergesehenes enthalten).

Folgenden Vergaben der Gewerke des **2. Ausschreibungspakets** wird zugestimmt:

	Gewerk	Firma	Vergabesumme inkl. 19 % MwSt.
1	Wärmedämmverbundsystem/ Außenputz (WDVS)	Fa. MDD, Hechingen	375.000 EUR
2	Mess-, Steuer-, Regelungstechnik / Gebäudeautomation (MSR)	Fa. TGS, Kernen i.R	249.000 EUR

### Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

### Beratungsverlauf:

Frau **Barnert** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) schildert unter Verweis auf die Vorl.Nr. 313/13 die Vergaben des 2. Ausschreibungspakets und die Hintergründe der Erhöhung der Auftragssumme im Bereich Abbrucharbeiten.

Stadtrat **Glasbrenner** zeigt sich erfreut, dass die Mehrkosten der Schadstoffsanierung durch Einsparungen in anderen Bereichen aufgefangen werden können. In Bezug auf die Kostensteigerungen im Gewerk Mess-, Steuer- und Regelungstechnik/ Gebäudeautomation (MSR) fragt er nach den Gründen für die Abweichung zwischen Kostenberechnung und letztendlicher Vergabesumme.

Stadträtin **Burkhardt** äußert sich zum Wärmedämmverbundsystem und den verwendeten Materialien, welche nach ihrer Auffassung problematisch seien. Sie möchte wissen, wie die Verwaltung verhindern könne, dass diese Materialien in der Zukunft zu preisintensiven Entsorgungskosten führten.

OBM **Spec** sieht in der Auswahl von Baustoffen eine konzeptionelle Fragestellung, welche in der Klausur des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt effektiver behandelt werden könnte.

Auf Nachfrage von Stadträtin **Liepins** informiert Frau **Barnert** über die vorsichtige Kalkulation im Bereich Trockenbau, die zu einer Zeit erfolgte, als die weitere Entwicklung des Projekts und am Markt noch nicht absehbar gewesen sei. Im Gewerk MSR-Technik wurde die Planung von einem Fachingenieur erstellt, wobei es insgesamt in den Gewerken immer wieder zu Verschiebungen zwischen Kostenberechnungen und Ausschreibungsergebnissen komme.

Abschließend stellt OBM **Spec** die Vorl.Nr. 313/13 zur Abstimmung.

---

TOP 4                      Vergaben

---

TOP 4.1                      Kinder- und Familienzentrum Poppenweiler,                      Vorl.Nr. 321/13  
Erdmannhäuser Str. 7-9  
Vergabebeschluss Elektroarbeiten

---

**Beschluss:**

Der Vergabe von Elektroarbeiten für den Neubau des Kinder- und Familienzentrums Poppenweiler, Erdmannhäuser Str. 7-9, wird zugestimmt.

	Gewerk	Firma	Verfügte Summe inkl. 19 % MwSt. (Auftragssumme + 5 %)
1.	Elektroarbeiten	Breitling GmbH Böblinger Straße 21 71088 Holzgerlingen	292.000 EUR

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

**Abstimmungsergebnis:**

Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) erläutert den Inhalt der Vorl.Nr. 321/13 sowie die Hintergründe zur Aufhebung der ursprünglichen Ausschreibung.

Stadtrat **Glasbrenner** bezieht sich auf das Leistungsverzeichnis, aus dem er entnommen habe, dass die Fallrohre in die Dämmung eingebaut und mediterrane Dachziegel verwendet würden. Hierzu bittet er um nähere Informationen

Frau **Barnert** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) geht auf die Fragen ein. Die Dachentwässerung werde in der Fassadenverkleidung integriert und somit durch die Holzverkleidung verdeckt.

Herr **Weißer** ergänzt die Ausführungen und betont, dass die Planungen mit dem Fachbereich abgestimmt wurden. Die Anhaltspunkte würde man jedoch aufnehmen und überprüfen, ob sich daraus Hinweise auf erhebliche Mehrkosten ergäben.

OBM **Spec** sichert eine Klärung und eine entsprechende Rückmeldung zu. Anschließend stellt er die Vorl.Nr. 321/13 zur Abstimmung.

TOP 4.2

Gartenstraße 14 - Vergabe der  
Lüftungsinstallation

Vorl.Nr. 325/13

---

**Beschluss:**

Der Vergabe der Lüftungsinstallation für den Neubau Ganztageseinrichtung mit Mensa und Bewegungsraum an der Gartenstraße 14 an die Firma A. Pullmann GmbH, Klingenbergstraße 5, 74336 Brackenheim-Dürrenzimmern wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

**Beratungsverlauf:**

Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) führt in die Vorl.Nr. 325/13 ein.

Eine Aussprache findet nicht statt. Abschließend stellt OBM **Spec** die Vorlage zur Abstimmung.

**Beschlussempfehlung:**

1. Der Dachsanierung der Verwaltungsgebäude Wilhelmstraße 1-9 mit Baukosten von 800.000 EUR inkl. MwSt. wird zugestimmt.
2. Der Vergabe der Dachdecker- und Flaschnerarbeiten für den 1. Bauabschnitt an die Fa. Timo Schick, Kreuzwegäcker 36, 71711 Steinheim mit einer Vergabesumme in Höhe von 125.000,-- EUR inkl. 19 % MwSt. wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

**Beratungsverlauf:**

Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) informiert über den Zustand der straßenabgewandten Dachseiten und die Ausführung der Arbeiten in vier Abschnitten, beginnend im Ostflügel. Auf Nachfrage von Stadträtin **Burkhardt** geht er auf die Ausführung des Wärmeschutzes im denkmalgeschützten Dachbereich ein.

Abschließend stellt OBM **Spec** die Vorl.Nr. 326/13 zur Abstimmung.

**Beratungsverlauf:**

Vor dem Hintergrund der im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales am 25.09.2013 diskutierten Alternativvorschläge und der daraus resultierenden Prüfaufträge spricht sich das Gremium auf Nachfrage von OBM **Spec** für eine Vertagung des Tagesordnungspunktes bis zu nächsten Beratung im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales aus.

**Beschluss:**

1. Dem Linienbündelungskonzept des Landkreises wird zugestimmt.
2. Die Beantragung der Liniengenehmigungen für den Ludwigsburger Stadtverkehr durch die LVL wird begrüßt.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

**Beratungsverlauf:**

Herr **Albrecht** (Dezernat III) erläutert den Inhalt der Vorl.Nr. 315/13 und die Konsequenzen aus den rechtlichen Änderungen. Mit der Beschlussfassung über das Linienbündelungskonzept des Landkreises Ludwigsburg gehe es um einen ersten Schritt zur Vorbereitung eines wettbewerblichen Vergabeverfahrens. Dabei sei es besonders wichtig, dass eine wettbewerbliche Vergabe möglichst spät umgesetzt werde, um weiterhin offene Punkte zu klären. Die LVL und die Firma Zeiher verfügen bis 2019 über Planungssicherheit, da der Landkreis Ludwigsburg ihnen die finanzielle Ausstattung zugesichert hätte. Unter Verweis auf den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geht er auf die weiterhin geltenden Rahmenbedingungen für zusätzliche Verkehre ein, wonach für die Ausweitung von Linien ein dementsprechender Zuschuss vonnöten sei. Da die Aufsiedelung des Neubaugebietes Neckarterrasse erst am Anfang stehe, habe man dort noch etwas Zeit, so dass spätestens Anfang des kommenden Jahres ein entsprechender Vorschlag zur Beratung in das Gremium gegeben würde. Hinsichtlich der Hartenecker Höhe sehe man den Bedarf schon heute, weshalb die Linie 426 bereits mit 60.000 Euro im Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2014 enthalten sei. Bezüglich des Pendelbusses berichtet er über das Projekt „Citybus“, welcher seinerzeit auf der Strecke zwischen Bärenwiese, Marstall-Center und Bahnhof unterwegs war. Aufgrund zu geringer Nachfrage sei dieses Angebot jedoch eingestellt worden.

OBM **Spec** schlägt eine Trennung der Beratungen zur Vorl.Nr. 315/13 und den beantragten Verbesserungen sowie deren Kostenfolgen für die Stadt vor. Letzteres könnte zu einem späteren Zeitpunkt mit einer separaten Vorlage behandelt werden.

Stadträtin **Liepins** hält es ebenfalls für vordringlich, zunächst mit der Beratung über die Fortschreibung des Linienbündelungskonzeptes zu beginnen. Die Aufteilung der Linienbündel erachte sie als sehr sinnvoll, insbesondere den Zeitpuffer bis 2019 für den Bereich der Stadt Ludwigsburg begrüße sie sehr.

Stadträtin **Kopf** stimmt der Vorlage zu, sieht aber noch Handlungs- und Kommunikationsbedarf bei der Anbindung der Neckarterrasse.

Stadtrat **Glasbrenner** zeigt sich einverstanden, da er bis 2019 von keinen weiteren Erschwernissen für den Linienverkehr ausgehe. Hinsichtlich der Anpassungen für die Anbindung der Neckarterrassen bittet er um Auskunft, welcher Zeithorizont für die praktische Ausführung vorgesehen sei.

Stadtrat **Gericke** spricht sich für den Beschlussvorschlag aus. Er bestärkt die Verwaltung darin, die Übergangszeit für Weiterentwicklungen und Taktverbesserungen zu nutzen und unterstützt die Anregung zur späteren Beratung der vorgeschlagenen Einzelmaßnahmen.

Stadträtin **Burkhardt** begrüßt die Vorlage und ist sich mit den Vorrednern darin einig, dass es zu keinem Stillstand kommen dürfe.

Ergänzend führt OBM **Spec** aus, dass man sich im Zuge des wettbewerblichen Vergabeverfahrens auf eine grundlegend andere Finanzierungsstruktur einstellen müsse. Die Zustimmung für die Vorl.Nr. 315/13 gebe den betroffenen Verkehrsunternehmen eine rechtssichere Grundlage, um beispielsweise über die Anschaffung von Hybridfahrzeugen nachzudenken und diese Anschaffung vor dem wirtschaftlichen Hintergrund überprüfen zu können.

Herr **Albrecht** bezieht sich auf die Wortmeldungen zum Neubaugebiet Neckarterrasse und geht näher auf die Anbindung der dortigen Bushaltestelle ein. Diese werde in einer geringen Taktung von den RBS-Linien und von den Verstärkerbussen im Schülerverkehr angefahren.

OBM **Spec** fasst die Beratungsergebnisse zusammen und stellt anschließend die Vorl.Nr. 315/13 zur Abstimmung.

TOP 6.1

Busverkehrskonzept  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 23.09.2013

Vorl.Nr. 355/13

---

#### **Beratungsverlauf:**

Der Antrag wurde in der Sitzung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt am 26.09.2013 im Sachzusammenhang gestellt und zur weiteren Beratung in diesen Ausschuss verwiesen.